

## Medienmitteilung

Thema

**Die Ablehnung der Senkung der Unternehmensgewinnsteuer ist ein schlechtes Signal an die Adresse der Basler Wirtschaft. Grünliberale sind enttäuscht.**

Für Rückfragen

David Wüest-Rudin, Präsident, Grossrat, Tel. 079 517 21 17  
Dieter Werthemann, Grossrat, Fraktionspräsident, Tel. 079 335 54 05

Absender

Grünliberale Partei Basel-Stadt, Tel. 061 683 25 80, Postfach, 4015 Basel  
bs@grunliberale.ch  
[www.bs.grunliberale.ch](http://www.bs.grunliberale.ch)

Datum

17. Juni 2012

**Die Grünliberalen sind über die sehr knappe Ablehnung der Senkung der Unternehmensgewinnsteuer enttäuscht. Die vernünftigen Argumente der Regierung und der Ratsmehrheit konnten nicht genügend Stimmende mobilisieren. Hingegen hat das linke Komitee mit einer Angst- und Neidkampagne einen momentanen finanz- und wirtschaftspolitischen Stillstand bewirkt. Kantonale Probleme wie zu starkes Ausgabenwachstum, zu hohe Verschuldung, eine schlingernde Pensionskasse und zu hohe Steuern für Unternehmen und Mittelstand bleiben so bestehen.**

Die Grünliberalen sind über die sehr knappe Ablehnung der Senkung der Unternehmensgewinnsteuer enttäuscht. Der Bevölkerung konnte offenbar nicht deutlich genug die Dringlichkeit und die vernünftige Notwendigkeit einer sehr moderaten Steuersenkung für unsere Unternehmen nahe gebracht werden. Das Resultat wird dem Wirtschaftsstandort Basel-Stadt mittelfristig Schaden zufügen. Die Ablehnung sendet an die hiesige Wirtschaft ein negatives Signal aus, ein Signal der fehlenden Wertschätzung und des Stillstands. Die Gefahr ist real, dass künftige Zuwächse an Investitionen und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen an anderen Orten als in Basel getätigt werden.

Die Grünliberalen gehen davon aus, dass das Abstimmungsergebnis auch vor dem Hintergrund der europa- und weltweiten wirtschaftlichen Krisenentwicklungen der letzten Jahre zu sehen ist. Vor allem gegenüber dem Bankensektor konnte so ein diffuses Gefühl des Misstrauens gegenüber der Wirtschaft aufkeimen.

Das linke Abstimmungskomitee hat sich dies zunutze gemacht und in einer Angst- und Neidkampagne gegen die vernünftige, von der SP-Finanzdirektorin überzeugt getragene Vorlage emotional Stimmung gemacht. Einen solchen Stil ist man sich sonst eher von rechtsbürgerlichen Kreisen gewohnt. Er hinterlässt entsprechenden politischen Flurschaden.

Es wird künftig in Finanz- und Wirtschaftsfragen wohl schwerer werden, mit Kompromissen über die Lager hinweg mittel- bis langfristig ausgerichtete Politik zu betreiben. Nichtsdestotrotz werden die Grünliberalen die Gegner der Steuersenkung daran erinnern, dass Sie mit dem Argument angetreten sind, die Senkung käme «zu früh». Das heisst doch wohl, dass so bald als möglich eine solche Anpassung der Steuerbelastung an das Wettbewerbsumfeld vorgenommen werden kann und soll.

Aktuell bleiben in Steuer- und Finanzfragen trotz positiven Entwicklungen in den letzten Jahren wesentliche Probleme ungeklärt: Die Belastung der Unternehmen bleibt zu hoch, die Staatsausgaben wachsen weiter ungebremst (+16% in den letzten vier Jahren), die Bruttoverschuldung ist nach wie vor viel zu hoch (ca. 70 Mio. Zinsbelastung jährlich bei Tiefstzinsniveau), die in Schieflage stehende staatliche Pensionskasse verschlingt mit ihren zu grosszügigen Leistungen jährlich dreistellige Millionenbeträge zu viel zulasten der Steuerzahlenden, und die Steuerbelastung des Mittelstands, insbesondere von Familien, ist noch nicht wettbewerbsfähig. Mittelfristig könnte sich daraus eine gefährliche Abwärtsspirale entwickeln.